

TZ-KOMMENTAR: MITGLIEDERSCHWUND PROTESTANTEN (S. 1)

Es hilft nur Transparenz

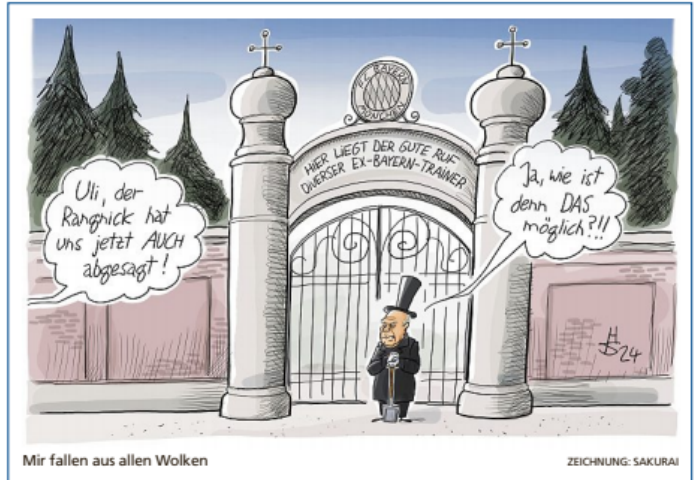
Die Zahlen stimmen bedenklich: 2023 ist die evangelische Kirche in Deutschland (EKD) erneut um über eine halbe Million Mitglieder geschrumpft. Wiederum traten 380 000 Protestanten aus, 340 000 Evangelische starben. Den hohen Verlust konnten Tausen (140 000) und Eintritte (20 000) nicht auffangen. Im Gegenteil: Die Zahl der Austritte stieg auf 1,98 Prozent und erreicht einen traurigen Rekord. So sicher wie das Amen in der Kirche dürfte sein, dass die Austrittszahlen 2024 weiter steigen werden. Der Grund: Ende Januar 2024 wurde die Aufarbeitungstudie der evangelischen Kirche und Diakonie veröffentlicht, sechs Jahre nach der Präsentation der MHG-Studie der katholischen Kirche. Dass man in der evangelischen Kir-

che das unangenehme Thema lange vornehmlich im Hintergrund behandelt hat in der Hoffnung, dass man weniger schlimme Fälle haben könnte als die katholische Schwesterkirche, hat sich als Trugschluss erwiesen. Es sind nicht allein die nackten Zahlen, die den Schrecken der Verbrechen ausmachen. Bedrückend für beide Kirchen ist, wie lange man die Augen vor Missbrauchstaten verschlossen hat. In einer solchen Situation hilft nur eines: schonungslose Aufklärung und Transparenz. Vor der evangelischen Kirche liegen schwere Jahre. Beide Kirchen müssen sich an die Seite der Menschen stellen.



Claudia Möllers

➤ Beide Kirchen haben lange die Augen verschlossen



Mir fallen aus allen Wolken

ZEICHNUNG: SAKURAI

GEISEL-DEAL UND WAFFENSTILLSTAND Scholz telefoniert mit Netanjahu

Ein palästinensischer Mann zieht einen Wagen mit seinem Kind durch den zerstörten Gazastreifen. Die Region lechzt nach Frieden. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat sich nun mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu erneut über die Lage und die weiteren Perspektiven in der Nahostregion ausgetauscht. Bei einem Telefonat wurde über die Freilassung der Geiseln, einen Waffenstillstand und die humanitäre Hilfe im Gazastreifen gesprochen. Hintergrund sind die zähen Verhandlungen um ein Abkommen mit der Hamas. Vertreter der radikalislamischen Palästinenserorganisation hatten sich zuletzt skeptisch geäußert.



ALS ABSCHRECKUNG IN DER UKRAINE Macron will Truppen entsenden

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat die Erwägung bekräftigt, westliche Bodentruppen in der Ukraine zu stationieren. Dies soll zur Abschreckung der Russen dienen. „Falls die Russen die Frontlinien durchbrechen und falls die Ukraine darum bittet – was bislang nicht der Fall ist – dann müssten wir uns zu Recht diese Frage stellen“, sagte Macron. Weiter erklärte er in der Zeitschrift „The Economist“: „Unser Glaubehaftigkeit hängt auch von einer gewissen Fähigkeit der Abschreckung ab, indem wir nicht ofenlegen, was wir tun oder nicht tun werden.“ Die westlichen Staaten seien in der Vergangenheit „zu zögerlich“ gewesen, als sie die Lieferung von Panzern und Flugzeugen in die Ukraine ausgeschlossen hatten.

REGIERUNGSCHAOS IN SCHOTTLAND Swinney will First Minister werden

Nach der Rücktrittsankündigung des schottischen Regierungschefs Humza Yousaf kristallisiert sich John Swinney als Nachfolger heraus. Der ehemalige Vizeregierungschef kündigte am Donnerstag seine Bewerbung für die Spitze der Schottischen Nationalpartei (SNP) an und würde damit vermutlich auch neuer „First Minister“ in dem britischen Landesteil. Weitere Kandidaten waren zunächst nicht in Sicht. Der 60-jährige Swinney hatte unter Yousafs Vorgängerin Nicola Sturgeon als Vizeregierungschef gewirkt und war vor 20 Jahren schon einmal SNP-Chef. Die ehemalige Finanzministerin Kate Forbes, die ebenfalls als aussichtsreiche Bewerberin gehandelt worden war, kündigte an, sie werde nicht kandidieren, sondern Swinney unterstützen.



BARLOW/PA WIRE/OPA

PROPALÄSTINENSISCHE PROTESTE Festnahmen an US-Unis

Die Polizei in Los Angeles hat ein Camp von propalästinensischen Demonstranten auf dem Campus der University of California geräumt. Zuvor waren von Beamten Barrikaden niedergedrückt und dutzende Demonstranten festgenommen worden. An weiteren US-Universitäten kam es gestern zu über 150 Festnahmen. Proteste gegen das Vorgehen Israels im Gaza-Krieg und für eine Solidarität mit den Palästinensern sind in den vergangenen Wochen an US-Hochschulstandorten hochgekocht. Universitäten aus Großbritannien meldeten ähnliche, aber kleinere Protestaktionen. Der Sprecher von Premierminister Rishi Sunak betonte das Recht auf friedlichen Protest. Dies dürfe aber nicht missbraucht werden, um andere einzuschüchtern oder Unruhen zu verursachen.

Altersarmut: Neue Schockzahlen! Seniorin erzählt

Darauf muss ich jetzt verzichten

Wenn Maria R. in den Supermarkt geht, dann achtet sie ganz genau auf die Preise. Denn „alles ist teuer geworden. Nicht nur die Lebensmittel, sondern alles, was man zum Leben braucht“, sagt die 82-jährige aus München. Leisten kann sich Maria R. mittlerweile nicht mehr alles. „Fleisch nicht mehr, was gar nicht mehr – wenn, dann etwas Geflügel.“ Und auch beim Obst muss die Seniorin kürzertreten: „Früher habe ich jeden Tag eine Kiwi zum Frühstück gegessen – das geht jetzt nicht mehr. Ein Stück kostet 89 Cent.“



43 Jahre lang hat Maria R. gearbeitet und trotzdem muss sie sparen. Trotz der Hilfe, die sie erhält, will sie sich aber nicht unterkriegen lassen.



20,2

Prozent der Frauen ab 65 Jahren galten 2023 in Deutschland als armutsgefährdet. Das sind 0,8 Prozentpunkte mehr als noch ein Jahr zuvor.

Frauen, die 65 Jahre und älter waren, durchschnittliche Alters-einkünfte in Höhe von 18 663 Euro brutto im Jahr erhalten. Bei Männern in der gleichen Altersgruppe kamen im Schnitt 25 999 Euro brutto zusammen.

Die Daten zur Altersarmut hatte die Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht abgefragt. Schon länger fokussiert sie sich mit ihrer neu gegründeten BSW-Partei auf das Thema Altersarmut und Renten und dürfte das zum Wahlkampfthema auserkoren haben. Deswegen setzt sie auch gleich zur Kritik an „Noch nie waren so viele Menschen von Armut im Alter betroffen wie unter der Ampel“, sagt sie. „Das ist kein Wunder, denn die Renten sind in den vergangenen Jahren dreimal hintereinander real gesunken. Rentner gehören zu den großen Verlierern der Teuerung.“ LHU4

deutschlandweit 27 000 Menschen, die mit ihren Renten nicht mehr über die Kunden kommen.

Denn so wie der Münchenerin Maria R. geht es vielen Menschen in Deutschland. Laut aktuellen Zahlen ist die Altersarmut hierzulande gestiegen – vor allem bei Frauen. 2023 galten 18,1 Prozent

der Menschen ab 65 Jahren als armutsgefährdet, 0,6 Prozentpunkte mehr als ein Jahr zuvor. Bei den Frauen in dieser Altersklasse waren es sogar 20,2 Prozent, 0,8 Punkte mehr als 2022.

Die Gründe für den Unterschied zwischen den Geschlechtern sind laut Statistischem Bundesamt vielseitig: So erwerben Frauen im Laufe ihrer Berufstätigkeit durchschnittlich geringere Rentenansprüche, weil sie teilweise in schlechter bezahlten Branchen und Positionen arbeiten als Männer und zudem häufiger in Teilzeit tätig sind. Hinzu kommen oftmals längere und häufigere Auszeiten für Sorgearbeit. 2022 haben

meppumen hatten einen Anteil von 21 Prozent (46 000 Anlagen) aller von Januar bis März verkauften Heizungen. Wegen der nachlassenden Nachfrage bei den Wärmeerzeugern und der geringen Neubautätigkeit gab es laut BDH auch bei den Systemkomponenten, wie etwa Fußbodenheizungen, Heizkörpern, Speichern und Lüftungssystemen deutliche Rückgänge.

Verkauf von Heizungen bricht ein

Verband macht politische Debatte für Rückgang verantwortlich

Die Heizungsbauer haben in den ersten drei Monaten 2024 in Deutschland fast ein Drittel weniger Anlagen verkauft als noch vor einem Jahr. Der Absatz sei um 29 Prozent auf 217 500 Anlagen zurückgegangen, teilte der Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) am Donnerstag mit. Der Absatz von Wärmepumpen ging um 52 Prozent zurück, der von Biomasse-An-

lagen um 81 Prozent. Bei den Gasheizungen lag das Minus bei 17 Prozent. Allein Ölheizungen legten zu – um 27 Prozent auf 27 500 Anlagen. Als Hauptgrund für den Absatzrückgang sieht der Verband eine Verunsicherung der Verbraucher. „Vor allem hat die langwierige und öffentliche politische Debatte um den gesetzlichen Rahmen und die Förderung in der Gebäudewärme dafür ge-

sorgt, dass bei den Menschen Vertrauen verloren gegangen ist“, erklärte BDH-Hauptgeschäftsführer Markus Staudt. Zudem sei noch zu wenig bekannt, welche technischen Möglichkeiten das Gebäudeenergiegesetz jetzt biete und wie Heizungen gefördert würden. 64 Prozent der verkauften Anlagen wurden mit Gas betrieben, 13 Prozent mit Öl, 2 Prozent mit Biomasse. Wär-



Flaute bei den Heizungsanlagen. PANTHERMEDIA